Thrombose Initiative e.V.

Tabaksteuer-Chaos: Gesundheitsschutz braucht klare Regeln statt neuer Grauzonen

Steuerliche Lenkung kann sinnvoll sein, sie darf Verbraucher aber nicht in den Schwarzmarkt treiben

Mainz, 4.11.2026. Die aktuelle Unsicherheit in der Diskussion um die Tabaksteuer zeigt, wie wichtig klare und verlässliche Rahmenbedingungen für den Gesundheitsschutz sind. Das neue Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes ist im Oktober 2026 durch eine ministerielle Panne versehentlich zu früh in Kraft getreten. Eigentlich sollten die höheren Steuersätze erst ab dem 1. Januar 2027 gelten. Bei Rauchern führte das zu großer Verwirrung und auch bei E-Liquids entstanden dadurch Fragen zur steuerrechtlichen Lage bis Jahresende.
Aus Sicht der ärztlichen Experten des Forums Gesundheit kann Steuerpolitik gesundheitspolitische Ziele unterstützen. Dafür muss sie jedoch nachvollziehbar, differenziert und praktisch umsetzbar sein.

Lenkungswirkung darf nicht im Schwarzmarkt enden

Eine steuerliche Lenkungswirkung kann sinnvoll sein, wenn sie Raucher zum Rauchstopp oder zum vollständigen Wechsel auf weniger schädliche Alternativen bewegt. Sie funktioniert jedoch nur, wenn zugleich legale und kontrollierte Angebote verfügbar sind.
„Steuern können gesundheitspolitisch eine gewisse Lenkungswirkung entfalten. Aber wir dürfen nicht davon ausgehen, dass Konsum allein durch höhere Preise verschwindet“, sagt der Gefäßchirurg Prof. Dr. Martin Storck aus Karlsruhe „Wenn Verbraucher stattdessen auf unkontrollierte oder illegale Angebote ausweichen, ist aus medizinischer Sicht nichts gewonnen. Gerade dort fehlen die Standards und Kontrollen, die dem Gesundheitsschutz dienen sollen.“

Gesundheitliche Risiken stärker differenzieren

Aus medizinischer Sicht ist zudem entscheidend, unterschiedliche Produktkategorien entsprechend ihrer Risiken zu betrachten. Die besonders schweren gesundheitlichen Folgen des Rauchens entstehen wesentlich durch die Verbrennung von Tabak und die dabei freigesetzten Schadstoffe. Rauchfreie Nikotinprodukte unterscheiden sich deshalb grundlegend von der klassischen Verbrennungszigarette. Präventionspolitik sollte diese Unterschiede berücksichtigen und erwachsenen Rauchern, die nicht vollständig auf Nikotin verzichten können oder wollen, realistische Wege weg von der Zigarette eröffnen.

Nikotinbeutel zeigen die regulatorische Lücke besonders deutlich

Besonders deutlich wird das Problem bei tabakfreien Nikotinbeuteln: Obwohl die Produkte in Deutschland längst erhältlich und nachgefragt sind, fehlt weiterhin ein klarer Rechtsrahmen. Damit besteht Nachfrage ohne verbindliche Vorgaben zu Altersgrenzen, Nikotingehalt, Inhaltsstoffen, Kennzeichnung oder Vertrieb.
„Aus medizinischer Sicht ist ein unregulierter Markt die schlechteste Lösung“, erklärt Prof. Dr. Cornelia Deckwerth der DHBW Karlsruhe. „Gerade wenn ein Produkt bereits genutzt wird, braucht es klare Standards und verlässliche Kontrollen. Es ist schwer verständlich, warum ausgerechnet eine tabak- und rauchfreie Produktkategorie weiterhin außerhalb eines klaren regulatorischen Rahmens bleibt.“
Prof. Dr. Knut Kröger, Gefäßmediziner aus Krefeld, beklagte zudem, dass die öffentliche Debatte auf teilweise falschen Annahmen beruhe. Anders als von Bundesgesundheitsminister Linnemann in einem Interview mit dem Handelsblatt behauptet, bereuen Länder wie Finnland die Legalisierung von Nikotinbeuteln keineswegs. „Die Finnen haben Nikotinbeutel als weniger schädliche Alternative zur Zigarette legalisiert, um den Jugendschutz zu stärken und den illegalen Markt zu bekämpfen. Die Raucherquote ist in der Folge stark gesunken. Von einem Bereuen kann keine Rede sein.“

Nikotinbeutel: 600 Millionen Euro Steuereinnahmen pro Jahr möglich

Der Karlsruher Ökonom Dr. Florian Steidl erklärt: „Eine Regulierung stärkt den legalen Markt und bietet eine Alternative für Konsumenten konventioneller Tabakprodukte. Sie ermöglicht, dass Steuereinnahmen erhalten bleiben und nicht in den illegalen Markt verloren gehen.“ So zeigt eine Modellrechnung auf Grundlage von Erhebungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung: Bei 1,4 Millionen Konsumenten, die durchschnittlich 3,5 Dosen pro Woche verbrauchen, könnte der Staat jährlich gut 350 Millionen Euro an Tabak- und Umsatzsteuer einnehmen. Steigt die Zahl der Konsumenten durch Umstiege von der Zigarette auf Nikotinbeutel bis 2030 auf 1,6 Millionen und der Steuersatz auf 70 Euro pro Kilogramm, wären sogar gut 600 Millionen Euro Steuereinnahmen pro Jahr möglich.
Für einen praktischeren Präventionsansatz ist daher zu fordern: Stärkere Lenkung bei Verbrennungsprodukten, risikoadaptierte Regulierung rauchfreier Alternativen, und konsequentes Nutzen zusätzlicher Steuereinnahmen für Prävention, Aufklärung und Rauchentwöhnung.

Pressekontakt:
Thrombose Initiative e. V.
Prof. Dr. Knut Kröger
info@thrombose-initiative.de